

Stadt Hilden

Niederschrift

**über die 27. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Rates der Stadt Hilden am
Mittwoch, 21.08.2024 um 17:00 Uhr, im Bürgertreff (Lortzingstraße 1 in 40724 Hilden)**

Anwesend waren:

Vorsitz

Herr Dr. Claus Pommer

Ratsmitglieder

Frau Nicole Anfang	CDU	
Herr Jörg Brandenburg	CDU	
Frau Susanne Brandenburg	CDU	
Herr Martin Falke	CDU	
Herr Fabian Filatov	CDU	Anwesend ab TOP 4
Herr Fred-Harry Frenzel	CDU	
Herr Peter Groß	CDU	
Herr Michael Rupp	CDU	
Herr Christian Schimang	CDU	
Frau Claudia Schlottmann	CDU	
Herr Rainer Schlottmann	CDU	
Herr Kevin Schneider	CDU	
Herr Norbert Schreier	CDU	
Herr Matthias Schumann	CDU	
Herr Michael Wegmann	CDU	
Frau Sandra Wiemers	CDU	
Herr Tristan Zeitter	CDU	
Herr Reinhard Zenker	CDU	
Frau Anabela Barata	SPD	
Frau Kimberly Lynn Bauer	SPD	
Herr Torsten Brehmer	SPD	
Herr Kevin Buchner	SPD	
Frau Sarah Buchner	SPD	
Herr Hamza El Halimi	SPD	
Frau Dagmar Hebestreit	SPD	
Herr Steffen Kirchhoff	SPD	
Frau Sandra Kollender	SPD	
Frau Henrike Lindenberg	SPD	
Herr Dominik Stöter	SPD	
Frau Anne Kathrin Stroth	SPD	
Herr Hans-Jürgen Weber	SPD	
Herr Heinz Albers	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Klaus-Dieter Bartel	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Abdullah Dogan	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Cornelia Geißler	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Annegret Gronemeyer	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Dr. Andrea Grunert	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Helen Kehmeier	Bündnis 90/Die Grünen	

Frau Marianne Münnich
Herr Peter Münnich
Frau Anna Meike Reimann
Frau Susanne Vogel
Frau Julia Gerhard
Herr Uwe Gramminger
Herr Rudolf Joseph

Bündnis 90/Die Grünen
Bündnis 90/Die Grünen
Bündnis 90/Die Grünen
Bündnis 90/Die Grünen
FDP
FDP
FDP

Abwesend ab 18:29 Uhr
(TOP N 9)

Herr Thomas Remih
Herr Prof. Dr. Ralf Bommermann
Herr Dr. Heimo Haupt
Herr Axel Hoffmeister
Herr Ralf Peter Beier
Herr Ludger Reffgen
Frau Dorothea Spielmann-Locks
Herr Ernst Kalversberg
Herr Oliver Kohl
Frau Lisa Didschuneit

FDP
AfD
AfD
AfD
BÜRGERAKTION
BÜRGERAKTION
BÜRGERAKTION
Allianz für Hilden
Allianz für Hilden
Die Linke

Von der Verwaltung

Frau Beigeordnete Mona Wolke-Ertel
Herr 1. Beigeordneter Sönke Eichner
Herr Beigeordneter Peter Stuhlträger
Herr Roland Becker
terbüro
Frau Christine Kaiser
Prüfungsamt
Frau Christina Schroeder
Herr Martin Wiedersprecher

Stadt Hilden
Stadt Hilden
Stadt Hilden
Amtsleiter Bürgermeis-
terbüro
Leitung Beratungs- und
Stadt Hilden
Kämmerer

Abwesende Ratsmitglieder

Herr Thomas Grünendahl
Herr Ramon Kimmel
Herr Philip Razum
Frau Hannah Hammer
Herr Carsten Wannhof
Frau Helga Achterwinter
Herr Hartmut Toska
Herr Marlon Buchholz

CDU
CDU
CDU
SPD
SPD
Bündnis 90/Die Grünen
Bündnis 90/Die Grünen
AfD

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- 1 Befangenheitserklärungen
- 2 Allgemeine Ratsangelegenheiten
 - 2.1 Festlegung der Ausschüsse mit beratender Mitgliedschaft von Vertreter*innen des Seniorenbeirates und Behindertenbeirates
WP 20-25 SV 01/183
 - 2.2 Fahnenaktion gegen Gewalt
WP 20-25 SV GL/004
- 3 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
- 4 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen
 - 4.1 Anfrage der CDU Fraktion zur Situation der "Sozialwohnungen" in Hilden
 - 4.2 Anfrage SPD Fraktion SEO Management
 - 4.3 Anfrage SPD Fraktion Baumaßnahmen Grundschule Walderstraße
 - 4.4 Anfrage CDU Herrenberg-Urteil
 - 4.5 Anfrage BA Rückzahlung von Fördermitteln für längere Kita-Öffnungszeiten

Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende, Bürgermeister Dr. Claus Pommer, eröffnete die Sitzung und begrüßte die anwesenden Mitglieder des Gremiums, die Vertreter*innen der Presse und die erschienenen Zuhörer*innen. Er stellte fest, dass die Unterlagen form- und fristgerecht zugegangen sind.

Einleitend informierte er, dass in der Sitzung eine Redezeitbegrenzung gilt. Ratsmitglieder erhalten für einen ersten Redebeitrag vier Minuten Redezeit und für einen weiteren Beitrag zum selben Tagesordnungspunkt zwei Minuten Redezeit.

Abschließend gratulierte er den Ratsmitgliedern, die seit der letzten Sitzung Geburtstag hatten.

Änderungen zur Tagesordnung

Rm K. Buchner/SPD stellte folgende zwei Geschäftsordnungsanträge:

1. Zum Tagesordnungspunkt N 9 „Weiterbetrieb des Abenteuerspielplatzes“ wird ein Vertreter der AWO Kreis Mettmann zum Sachverhalt angehört.
2. Die Begrenzung der Anzahl der Redebeiträge (nicht der Redezeit pro Wortbeitrag) für den Tagesordnungspunkt N 9 wird aufgehoben.

Bürgermeister Dr. Pommer ließ einzeln über die beiden Geschäftsordnungsanträge abstimmen.

Abstimmungsergebnis für beide Geschäftsordnungsanträge:

Einstimmig beschlossen.

Einwohnerfragestunde

Frau B. aus Hilden fragte, ob die Übernahme des Abenteuerspielplatzes durch die AWO nun wieder gefährdet sei. Bürgermeister Dr. Pommer erklärte, dass es noch offene Fragen zur Übernahme gebe aber er keine Details nennen könne, da es Gegenstand der nicht öffentlichen Sitzung sei.

Frau B. fragte, ob die Aussage, dass die Stadt als Träger einspringt immer noch bestehe, auch wenn die AWO abspringt. Bürgermeister Dr. Pommer erklärte, dass sich die Ausgangslage nicht geändert habe.

Der kleine Junge A. fragte, warum der Abenteuerspielplatz nicht übernommen werde. Bürgermeister Dr. Pommer erklärte, dass genau darüber heute gesprochen werde.

Frau K. aus Hilden fragte, welche Möglichkeiten die Stadt habe, um den Abenteuerspielplatz für eine Übernahme attraktiv zu machen. Bürgermeister Dr. Pommer erklärte, dass die Stadt sich in laufenden Gesprächen mit der AWO befinde und das Thema die Verwaltung sehr beschäftige.

1 Befangenheitserklärungen

Es lagen keine Befangenheitserklärungen vor.

Bürgermeister Dr. Pommer teilte mit, dass der Beschlussvorschlag zu a) redaktionell korrigiert werden müsse, da selbstverständlich die Satzung des Seniorenbeirates gemeint sei. Zudem informierte er darüber, dass der Integrationsrat unmittelbar gewählt werde und die übrigen Mitglieder aus den Reihen des Rates gemäß § 27 GO bestimmt würden. Daher könne den Beiräten kein beratender Sitz eingeräumt werden.

Weiter führte er aus, dass die Beiräte bislang bereits beratend in folgende städtische Gremien entsandt worden seien:

- Kultur- und Heimatpflege
- Umwelt- und Klimaschutz
- Schule und Sport
- Soziales
- Wirtschaft und Wohnungsbauförderung
- Stadtentwicklung

Der Behindertenbeirat habe zudem bereits auf Grundlage der Satzung des Jugendamtes einen beratenden Sitz im Jugendhilfeausschuss, führte Bürgermeister Dr. Pommer weiter aus.

Rm Groß/CDU erkundigte sich, in welchen Ausschüssen die Beiräte zukünftig vertreten sein wollen, ob in dieser Hinsicht Wünsche geäußert wurden.

Beigeordneter Eichner erklärte, dass die Beiräte sich einen beratenden Sitz in allen Fachausschüssen, bis auf Rat, Hauptausschuss und Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen, gewünscht haben.

Da keine ergänzenden Anregungen eingebracht wurden, schlussfolgerte Bürgermeister Dr. Pommer, dass der Beschlussvorschlag, um die von ihm soeben aufgezählten Gremien ergänzt werde und rief sodann zur Abstimmung auf.

Geänderter Beschlussvorschlag in der Sitzung:

- a) Der Rat der Stadt Hilden beschließt für die Wahlperiode 2020 - 2025, dass der Seniorenbeirat Vertreterinnen und Vertreter als beratende Mitglieder in folgende Ausschüsse entsenden kann (gem. § 5 Abs. 2 der Satzung für den Seniorenbeirat):
 - Ausschuss für Kultur- und Heimatpflege
 - Schul- und Sportausschuss
 - Sozialausschuss
 - Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz
 - Stadtentwicklungsausschuss
 - Wirtschafts- und Wohnungsbauförderungsausschuss
- b) Der Rat der Stadt Hilden beschließt für die Wahlperiode 2020 - 2025, dass der Beirat für Menschen mit Behinderung der Stadt Hilden Vertreterinnen und Vertreter als beratende Mitglieder in folgende Ausschüsse entsenden kann (gem. § 5 Abs. 2 der Satzung für den Beirat für Menschen mit Behinderung der Stadt Hilden):

- Ausschuss für Kultur- und Heimatpflege
- Schul- und Sportausschuss
- Sozialausschuss
- Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz
- Stadtentwicklungsausschuss
- Wirtschafts- und Wohnungsbauförderungsausschuss

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

2.2 Fahnenaktion gegen Gewalt

WP 20-25 SV
GL/004

Rm Hebestreit/SPD stimmte der Fahnenaktion gegen Gewalt zu und schlug vor, zwei zusätzliche Standorte - bei der Feuerwehr und am Krankenhaus - zu ergänzen, da diese als markante Orte gelten, an denen die Hildener Bevölkerung die Aktion besonders wahrnimmt. Zudem hob sie auch nochmal die Klimarelevanz von Fahnen hervor und regte an, Fahnen zukünftig zu recyceln. Sie schlug vor, aus den Fahnen beispielsweise Schuhbeutel zu gestalten oder eine Bastelaktion zu organisieren.

Rm Kehmeier/Bündnis 90/Die Grünen kritisierte, dass bei der Klimarelevanz ChatGPT als Quelle angegeben wurde und regte an, dass bei relevanten Entscheidungen zukünftig die Klimabeauftragte die Klimarelevanz einschätzen sollte.

Bürgermeister Dr. Pommer erklärte, dass die Anregung mit den zwei zusätzlichen Standorten geprüft werde.

Der Rat der Stadt nahm Kenntnis von dem von der Verwaltung ausgewählten und beauftragten Motiv und die geplante Umsetzung der mit Beschluss vom 21.06.2023 beschlossenen Fahnenaktion.

3 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

Bürgermeister Dr. Pommer teilte mit, dass in dem verwaltungsgerichtlichen Verfahren der Fraktion Bürgeraktion Hilden gegen den Rat der Stadt Hilden wegen der Fraktionszuwendungen am 13.09.2024 die mündliche Verhandlung am Verwaltungsgericht Düsseldorf terminiert sei.

Frau Kaiser, Leiterin des Rechnungs- und Prüfungsamtes, informierte, dass nach Abstimmung mit dem Vorsitzenden, Herrn Toska, die nächste Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 13.09.2024 abgesagt werden müsse, da derzeit noch interne Abstimmungsprozesse zu verschiedenen Prüfungen laufen.

4 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

4.1 Anfrage der CDU Fraktion zur Situation der "Sozialwohnungen" in Hilden

Rm S. Brandenburg verlas folgende Anfrage:

„Die CDU Fraktion bitte um Auskunft zu folgenden Fragen:

- 1. Wie viele Sozialwohnungen stehen der Stadt Hilden zur Belegung zur Verfügung?
Mit der Bitte um Aufteilung auf Wohnraum und Belegung darstellen.*
- 2. Wie viele Wohnungen davon sind im Eigentum der Stadt Hilden?*
- 3. Für wie viele Wohnungen hat die Stadt Hilden ein Belegungsrecht?*
- 4. Wie viele dieser Wohnungen (im Eigentum stehende Wohnungen und Wohnungen mit Belegungsrecht bitte getrennt auflühren) sind mit entsprechend berechtigten Personen belegt?*
- 5. Wie viele dieser Wohnungen sind derzeit nicht belegt (im Eigentum stehende Wohnungen und Wohnungen mit Belegungsrecht bitte getrennt auflühren)?*

Begründung:

Die Wohnungssituation für Menschen mit geringen oder keinem Einkommen verschärfen sich immer mehr. Um einen entsprechenden Überblick der Situation zum jetzigen Zeitpunkt zu erhalten, sollen die Fragen der CDU-Fraktion vorrangig geklärt werden.“

4.2 Anfrage SPD Fraktion SEO Management

Rm K. Buchner/SPD bedauerte, dass die Fraktion nicht - wie in der Sitzung des Wirtschafts- und Wohnungsbauförderungsausschusses zugesagt - mit Versand der Niederschrift eine Antwort zu den gestellten Fragen zum SEO Management erhalten habe.

Daher verlas Rm K. Buchner/SPD nun folgende offizielle Anfrage:

„Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Hilden stellt folgende Anfrage:

- 1. Betreibt die Stadt Hilden aktuell kein SEO Management? Wer führt die SEO Optimierung durch?*
- 2. Was versteht die Stadtverwaltung unter Online Marketing?*
- 3. Wie und welcher Form soll SEO betrieben werden? Macht es nicht grade für die Wiederbelebung des Wochenmarktes Sinn eine URL die Trust bei Google hat zu verwenden anstatt neue URLs zu indexieren?“*

4.3 Anfrage SPD Fraktion Baumaßnahmen Grundschule Walderstraße

Rm Kirchhoff/SPD fragte, wann die Arbeiten an der Grundschule Walderstraße endgültig abgeschlossen seien. Er wurde von Anwohner*innen angesprochen und es wurde bemängelt, dass der Weg von der Pungshausstraße zur Grundschule noch durch einen Bauzaun gesperrt sei und 5–7 Meter Gehweg fehlten und die Sicherheit der Kinder auf dem Schulweg so gefährdet sei.

Herr Palitz, Leiter des Amtes für Gebäudewirtschaft erklärte, dass das Schulgebäude bis auf die Fassade fertiggestellt sei. Aufgrund von Mängeln an den Fassadenarbeiten, die so nicht abgenommen werden konnten, habe man dem ursprünglichen Fassadenbauer gekündigt und die Arbei-

ten neu ausgeschrieben. In Abstimmung mit der Schule würden die Fassadenarbeiten begleitend zum Schulbetrieb erfolgen. Die Fassade zur Pungshausstraße, umfasse einen Fluchtweg und könne daher erst während der Herbstferien bearbeitet und nach den Ferien fertiggestellt werden. Parallel werden auch an der Außenanlage gearbeitet, sodass der Gehweg an der Pungshausstraße bis September/Okttober fertiggestellt werde.

Rm Spielmann-Locks/BA erkundigte sich, ob aufgrund der Mängel an den Fassadenarbeiten und der neuen Ausschreibung zusätzliche Kosten entstanden seien und ob Regressansprüche gegen die Firma gestellt werden können.

Herr Palitzta erklärte, dass mit der ursprünglich beauftragten Firma noch eine gerichtliche Auseinandersetzung erfolgen werde, welche Leistungen abgerechnet werden können. Die erbrachten Leistungen der neu beauftragten Firma werden der Stadt natürlich in Rechnung gestellt.

4.4 Anfrage CDU Herrenberg-Urteil

Rm Wiemers/CDU verlas folgende Anfrage:

„Die CDU-Fraktion Hilden hat die nachfolgenden Fragen zum Umgang mit den Auswirkungen des Herrenberg-Urteils aus dem Jahr 2022 (BSG Az.: B 12 R 3/20 R) auf die Musikschule der Stadt Hilden:

1. Analyse der Auswirkungen

- 1.1 Wie beurteilt die Verwaltung die unmittelbaren und langfristigen Auswirkungen des Herrenberg-Urteils auf die finanzielle Lage und die organisatorische Struktur der städtischen Musikschulen?*
- 1.2 Ist die Musikschule Hilden bereits mit anderen Musikschulen im Austausch bzgl. der Problematik?*

2. Finanzielle Unterstützung und Anpassung

- 2.1 Welche Maßnahmen plant die Stadt, um die finanzielle Stabilität der Musikschule angesichts der neuen rechtlichen Rahmenbedingungen sicherzustellen?*
- 2.2 Sind zusätzliche Haushaltsmittel vorgesehen, um etwaige Finanzierungslücken zu schließen? Aufgrund der aktuellen Haushaltslage: Wo werden diese Haushaltsmittel entnommen?*
- 2.3 Werden Anpassungen bei den Gebührenstrukturen für die Musikschule in Betracht gezogen, um finanzielle Engpässe zu vermeiden?*

3. Rechts- und Verwaltungsklärungen

- 3.1 Welche rechtlichen Schritte sind geplant oder bereits erfolgt, um die Vorgaben des Urteils umzusetzen und dabei die Qualität der musikalischen Bildung nicht zu gefährden?*
- 3.2 Wie wird die Verwaltung sicherstellen, dass die Musikschule weiterhin ihrer Bildungs- und Kulturaufgabe gerecht werden kann?*

4. Personelle Situation

- 4.1 Wie sieht die personelle Situation innerhalb der Musikschule Hilden aus? Sind als Musiklehrer ausschließlich Honorarkräfte angestellt oder auch Festangestellte?*

4.2 Wie groß ist die Personenzahl, welche das Herrenberg-Urteil betreffen würde?

5. **Beteiligung und Kommunikation**

5.1 Welche Informations- und Beteiligungsformate sind vorgesehen, um die betroffenen Eltern, Schüler und Lehrkräfte über die Veränderungen zu informieren und in den Prozess einzubeziehen?

Begründung:

Im Jahr 2022 entschied das Bundessozialgericht, dass Musikschullehrer nicht länger als Honorarkräfte angestellt werden dürfen – dies betrifft Musikschulen bundesweit. Die CDU-Fraktion möchte, dass die städtische Musikschule weiterhin ihrer zentralen Rolle in der kulturellen Bildung nachkommen kann. Es ist daher von großer Bedeutung, dass die Stadt Hilden Lösungen findet, um den Herausforderungen, die sich aus dem Herrenberg-Urteil ergeben, beizukommen.“

4.5 Anfrage BA Rückzahlung von Fördermitteln für längere Kita-Öffnungszeiten

Rm Reffgen/BA verlas folgende Anfrage:

„Einer Presseveröffentlichung (RP v. 09.08.2024) der Rätiger SPD-Landtagsabgeordneten Müller-Witt zufolge hat die Stadt Hilden 224.000 Euro Fördermittel an das Land zurückgezahlt. Das Geld war Bestandteil eines Förderprogramms gewesen, dass die Landesregierung zur Flexibilisierung von Öffnungszeiten in Kindertageseinrichtungen den Kommunen zur Verfügung gestellt hatte. Es sollte dazu verwendet werden, elternfreundlichere Öffnungszeiten in den Einrichtungen anbieten zu können, um eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen.

Die Nachricht, dass das Geld in Hilden nicht zum Einsatz kam, hat bei der BA-Fraktion Fragen aufgeworfen, um deren Beantwortung wir die Verwaltung bitten:

1. Trifft die Nachricht der Landtagsabgeordneten Müller-Witt – soweit sie die Stadt Hilden betreffen – zu?
2. Bejahendenfalls: Was hat die Stadt zu der Rückzahlung der Fördermittel veranlasst?
3. Erst kürzlich hatte die Verwaltung einen Bürgerantrag im Rat, dem Beispiel der Stadt Leverkusen zu folgen und der kritischen Personalsituation in Kindertagesstätten mit einer besseren Bezahlung der Erzieherinnen zu begegnen, unter anderem aus Kostengründen zur Ablehnung empfohlen. Warum war es nicht möglich, die Fördermittel zwar völlig unabhängig von diesem Antrag jedoch unter anderem im Sinne der dortigen Zweckbestimmung zu verwenden und gleichzeitig förderrichtlinienkonform die Öffnungszeiten der Kitas auszudehnen?
4. Hatte die Verwaltung zur Vermeidung von Rückzahlungsverpflichtungen der Fördermittel andere Möglichkeiten im arbeitsrechtlich zulässigen Rahmen geprüft, beispielsweise den Einsatz befristeter Teilzeitverträge oder andere auf Zeit angelegte Lösungen?“

Ende der Sitzung: 19:50 Uhr

Dr. Claus Pommer / Datum
Vorsitzender

Christina Schroeder / Datum
Schriftführerin

Gesehen:

Roland Becker / Datum
Amtsleiter Bürgermeisterbüro